

IHRE LOKALE AUTONOME ANTIFA INFORMIERT:

Adresse: Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO], c/o Baobab, Infoladen Eine Welt, Christburger Straße 38, 10405 Berlin
// aanb@mail.nadir.org // www.antifanews.de

Hier im Haus der Demokratie und Menschenrechte hat neben vielen anderen Nicht-regierungsorganisationen auch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ihre Räumlichkeiten. Im Raum 1107 ist der Berliner Sitz dieser über Deutschland hinaus agierenden Organisation untergebracht. In den letzten Wochen taten sich führende Funktionäre der GfbV in der Öffentlichkeit immer wie-

der durch ihren unermüdlichen Einsatz für das aktuelle Projekt des Bundes der Vertriebenen (BdV), dem Zentrum gegen Vertreibung (ZgV), hervor. Dies zum Anlaß nehmend wollen am kommenden Sonnabend autonome AntifaschistInnen in Göttingen (Niedersachsen) ihren Protest gegen das revanchistische Projekt und ihre Unterstützer auf die Straße tragen. Unter dem Motto "Links ist da

wo keine Heimat ist!" rufen sie dazu auf sich gegen völkische Ideologien zu positionieren und die geschichtrevisionistischen Organisationen, wie zum Beispiel den Bund der Vertriebenen und die Gesellschaft für bedrohte Völker, offensiv zu bekämpfen.

Es ist dringend notwendig in einer Zeit in der die Elemente

des deutschen Nationalismus immer breitere Akzeptanz zurück erlangen, diesen und deren Ausprägungen offensiv entgegenzutreten. Aus diesem Grund rufen wir dazu auf sich an der Demonstration der Autonomen Antifa [M] in Göttingen zu beteiligen:

Antifa-Demonstration am 20.09.03, 14 Uhr, Platz der Synagoge, Göttingen (Niedersachsen)

Auf der Rückseite dokumentieren wir in Auszügen den Demonstrationsaufruf von den GenossInnen der Autonomen Antifa [M] aus Göttingen:

Darüberhinaus fordern wir aber auch von den MieterInnen des Hauses sich gegen die Positionen der Gesellschaft für bedrohte Völker auszusprechen und diesem auch Taten folgen zu lassen. Wenn in der deutschen Öffentlichkeit immer weiter an einem neuen Geschichtsbild gebastelt wird, an dessen Ende, jedem historischen Zusammenhang entrissen, die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Zweiten Weltkrieges da stehen, ist es Aufgabe eines Jeden die revanchistischen und geschichtrevisionistischen Debatten als solche zu kritisieren und deren WortführerInnen anzugreifen.

Ein Schritt ist es, die geschichtrevisionistischen Debatten und deren zentrale Persönlichkeiten als das zu benennen was sie sind: Die Steigbügelhalter eines wiedererstarteten Deutschlands auf dem Sprung zur neuen Weltmacht und sie als solche zu bekämpfen!

VÖLKISCHE IDEOLOGIE
BEKÄMPFEN!
GFBV SCHLIEßEN!
ZGV VERHINDERN!

////////////////////////////////////
Autonome Antifa Nordost Berlin
[AANO] im September 2003

DIE

"GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER"

ENTDECKT DAS DEUTSCHE LEID!



„(Links-)Liberalen Vorreiterin für das Konzept des BdV ist die GfbV. Besonders ihr Gründer und Generalsekretär Tillman Zülch hat sich in der bisherigen Debatte in den Fordergrund gespielt und ist Förderer und Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der ZgV-Stiftung. Die GfbV, die zweitgrößte „Menschenrechtsorganisation“ Deutschlands, die seit 1993 als „NGO mit Beraterstatus“ bei der UN registriert ist und ihren Hauptsitz in Göttingen hat, spricht sich immer wieder für das ZgV in seiner ursprünglichen Konzeption aus. Vehement wehrt sie sich gegen die behauptete mangelnde Europäisierung des Projektes. Mit Außenstellen in Österreich, Bosnien, USA, Luxemburg, Schweiz, Frankreich, Großbritannien und in der „Autonomen Provinz Südtirol“ hat sich die GfbV in der Vergangenheit mit ihrem weltweiten Einsatz gegen „Völkermord“, vor allem während des Bosnienkrieges, einen Namen gemacht. Im Gegensatz zu Amnesty international (ai) stehen bei der GfbV „Völker“ im Mittelpunkt der „Menschenrechtsarbeit“ und nicht das Individuum. Dokumentiert ai Menschenrechtsverletzungen, die an Einzelnen begangen worden sind und verurteilt diese unabhängig von Weltanschauung und Motivation, findet bei der GfbV eine Fixierung auf „Verbrechen“ gegen „ethnische Minderheiten“ oder gleich „Volksgruppen“ statt und nimmt die innerhalb dieser Minderheiten vorherrschenden Unterdrückungsmechanismen und dort Teils genauso menschenrechtsverletzende Praxis von ihrer Kritik aus. Die humanistisch-völkische Ideologie der GfbV findet dort ihre Grenzen, wo nicht der Gedanke nach Minderheitenrechten oder nationaler Selbstbestimmung im Vordergrund steht. Bewegungen in denen vor allem Forderungen sozialer Art oder mit sozialistischer Zielrichtung formuliert werden und die damit die „ethnische“ Dimension des Konflikts in Frage stellen, sind für die GfbV ein rotes Tuch. Daraus entwickelte sich gerade zu zwangsläufig eine Abneigung gegenüber sozialistischer Bewegungen, bis zur offenen Diffamierung dieser, bei der GfbV und eine Zuneigung zu besonders nationalistischen Gruppierungen wie zu der UCK im Kosovo. Von einer solchen bewussten Parteinahme wollte die GfbV natürlich nichts mehr wissen, nach dem die UCK selbst Anfang den Kosovo

„ethnisch zu bereinigen“. Eine solche politische Parteinahme bei der GfbV ist in vielen ihrer Tätigkeitsbereiche aufzufinden und so ist es kein Zufall, dass ihr Generalsekretär Zülch sich bereits seit Jahren in antikommunistischen Hetztiraden ergeht.

Die Ambivalenz des humanistisch-völkischen Ansatzes der GfbV reißt dann völlig ab, wenn es um die deutsche Geschichte und aktuelle deutsche außenpolitische Interessen, speziell in Osteuropa, geht. Gerade Zülch hat, exemplarisch für die ganze GfbV, an diesen Punkten deutlich ausgesprochen, wessen Geistes Kind er ist. Die Umsiedlung der Deutschen stellt auch für Zülch, ganz im Einklang mit dem BdV, das größte Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg dar, was in der deutschen Gesellschaft viel zu wenig beachtet würde, wäre es doch Teil der deutschen „doppelten Vergangenheit des Angriffskrieges und des Holocaust einerseits, aber auch das Wissen um die Massenvertreibung andererseits“. Dem Holocaust würde zu viel Bedeutung beigemessen und so behauptet Zülch, dass „... je mehr die Bundesrepublik nationalsozialistische Vergangenheit bewältigt ..., um so weniger fänden ... (andere) Genozide Wiederhall in der Öffentlichkeit“. Was für Zülch den Umkehrschluss nahe legt, es wäre anders, wenn mehr über das eigene deutsche „Leid“ berichtet werden würde. In dieser Logik ist der Einsatz für das ZgV daher nur zu verständlich, denn das ZgV in Berlin wäre „gerade für die Opfer gegenwärtiger Vertreibungen von großer Bedeutung, denn die europäischen Regierungen bekämpfen dieses Verbrechen weder entschieden noch setzen sie sich energisch für eine Rückkehr der Vertriebenen ein“. Die Argumentationen Zülchs, der den Menschenrechtspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft erhielt, weil er sich 2001 bezüglich der EU-Beitrittsländer für die Rücknahme der Verordnungen und Gesetze, die die „Vertreibung“ der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg anordneten bzw. legalisierten, eingesetzt hatte, sollte aber nicht den Blick auf die Rolle der GfbV für die deutsche Geschichtsbewältigung und Politik verstellen. Das Engagement der GfbV durchzieht alle Bereiche der deutschen Politik in denen es um „Volksgruppen“ geht. So entwarf sie ein Konzept für eine deutsche

Einwanderungspolitik, dass darauf abzielte Einwanderung auf der Basis „völkischer Zugehörigkeit“ zu organisieren, da dies die einzige Form sei Einwanderung für die deutsche Kultur- und Wertegemeinschaft „sinnvoll“ zu gestalten. Die GfbV fordert vornehmlich die Förderung der Zuwanderung deutscher „Volksangehöriger“, sprich Spätaussiedler bzw. „Russlanddeutscher“ und „Rumäniendeutscher“. Mit dem Plan die Zuwanderung und Migrationsbewegung auf einer „völkischen Basis“ zu organisieren, bewegt sich die GfbV in der Traditionslinie des deutschen Nationalismus. In der vorgestellten Pluralität von „Völkern“, in der jedem einzelnen eine „naturegebene“ Besonderheit zugesprochen wird, lag in der Vergangenheit der Schlüssel für die ideologische Überhöhung des „deutschen Volkes“, die zum Motor deutscher Bestrebungen auf dem Weg zum Nationalstaat wurde. Diese Form des deutschen Nationalismus war auch eine Grundlage des aggressiven Antisemitismus, der die jüdische Bevölkerung als fremde und feindliche „Rasse“ bekämpf-

te. Die Begründung lieferte unter anderem die auf der gemeinsamen Abstammung aufbauende Rassenideologie des Nationalsozialismus, die andere Völker im Sinne zoologischer Gattungen zu auserwählten Opfern machte. Damals wie heute treten Organisationen, wie die GfbV oder die deutsch-völkische „Paneuropa Union“ unter dem Vorwand der „Durchsetzung von Menschenrechten“ für deutsche Expansionspolitik vor allem in den osteuropäischen Ländern ein und fordern „Volksgruppen“-Rechte für die dort lebenden Deutschen und das „Recht auf Heimat“ für die „Vertriebenen“. Der Einsatz von solchen Mittelsorganisationen zugunsten deutscher Interessen ist seit dem Ersten Weltkrieg gängige Praxis deutscher Außenpolitik. Die GfbV trägt außerdem durch ihre „Volkstumspolitik“ innerhalb der BRD ihren Anteil daran, dass nach der deutschen Wiedervereinigung und im Rahmen historisierender und geschichtsfälschender Debatten das „deutsche Volk“ als identitätsstiftende Einheit wieder in das Bewusstsein der Deutschen gerückt ist.“